

# LES **SACRIFIÉS**

Bulletin mensuel de la Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de Force



**N° 4 / 1978**

17e année

Prix: 15.- frs. lux.

Abonnement: 120,— frs

**Monument  
aux Morts  
Hosingen**

Fédération :  
9, rue du Fort Elisabeth  
Luxembourg

# J U S T I C E

## AUX ENROLES DE FORCE

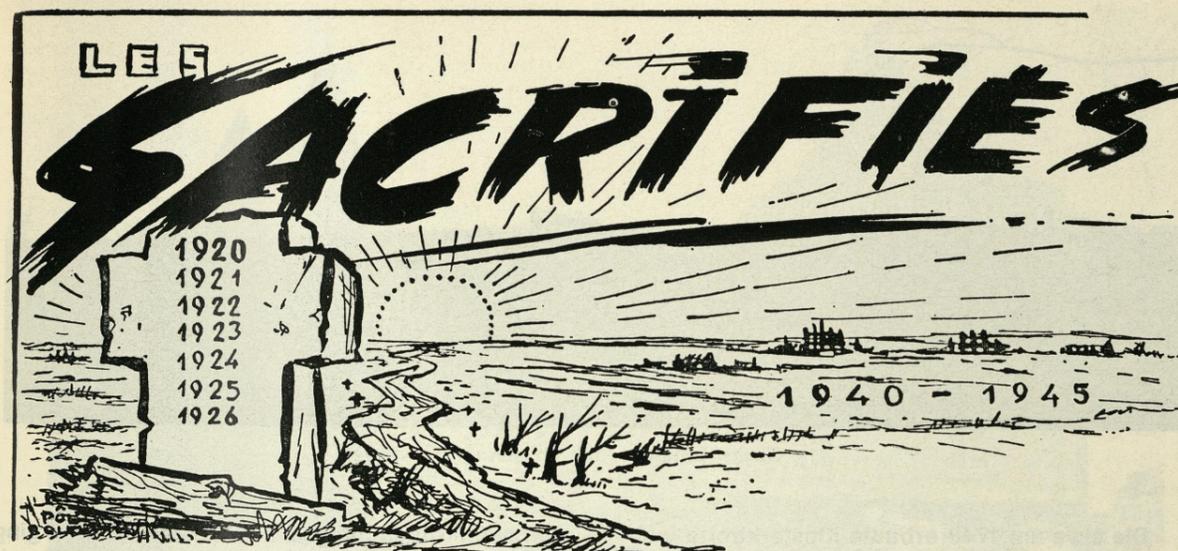
**Congrès National**  
de l'Association des Enrôlés de Force  
Victimes du Nazisme.

le 7 mai 1978 à Hosingen

P  
R  
O  
D  
U  
C  
T  
I  
O  
N  
M  
I  
L  
I  
T  
A  
I  
R  
E

- 8.45 hrs Rassemblement des congressistes au centre de Hosingen. Le congrès aura lieu dans la salle de la commune et commencera à
- 9.00 hrs Allocution de bienvenue du président de la section des enrôlés de force de Hosingen.
- Séance académique**  
Présentation des conférenciers par le président national Jos. Weirich.
- Thèmes :**
- la résistance dans les écoles luxembourgeoises. Exposé de M. Henri Koch, Directeur hon. du Lycée de garçons, Esch-Alzette.
  - la résistance portée par les enrôlés de force dans la «Wehrmacht». Exposé de M. Paul Spang, Directeur des Archives de l'Etat.
- Fin de la séance académique à 11.00 hrs.
- 11.30 hrs Cérémonie du souvenir devant le Monument aux Morts de Hosingen. Dépôt de fleurs.
- 11.45 hrs Réception offerte par les autorités de la commune de Hosingen.  
— Allocution de bienvenue prononcée par M. le bourgmestre  
— remise des rubans en or et en argent.
- 12.30 à
- 14.30 hrs Déjeuner au Restaurant Parc à Gibier.
- 15.00 à
- 18.00 hrs Séance de travail dans la salle de la commune de Hosingen.

# M I R G I N E I S N E T !



Tirage 8000

### Aus dem Inhalt

Hosingen lädt ein  
Enrôlés de force, êtes-vous sains d'esprit?  
«Nicht alle Zwangsrekrutierten sind diskriminiert»  
Will die Regierung der BRD Naziverbrecher decken?  
Mitteilungen — Korrespondenz  
Und wir hatten doch Recht  
Pilgerfahrt nach Slonsk  
Promenade surprise à Dudelange

Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlées de Force, Association sans but lucratif.  
Siège: Luxembourg, 9, rue du Fort-Elisabeth. — Boîte postale 2415 Luxembourg - Gare.  
CCP 31329-95

Banque Intern: 5-217/4546.  
Rédaction du bulletin mensuel «Les Sacrifiés», Luxembourg, 9, rue du Fort-Elisabeth, Boîte postale 2415 — Luxembourg - Gare

Service social aux Enrôlés de Force, 9, rue du Fort-Elisabeth Luxembourg - Gare.  
Tél.: 48 32 32.

Fonds d'Action CCP 21049-97

La Fédération représente :  
l'Association des Parents des Déportés Militaires Luxembourgeois, c/o. M. Paul Simonis, Luxembourg, 7, rue Adolphe ● la Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945. Résidence Jean-Charles - 5, rue du Cimetière Luxembourg-Bonnevoie - Tél.: 48 97 76 - c.c.p. 28633-18 ● l'Amicale des Anciens de Tambow, Secrétariat: Kleinbettingen, 14, rue de Kahler, C.C.P. 24007-48 ● l'Association des Enrôlés de Force Victimes du Nazisme, Secrétariat: Luxembourg, 9, rue du Fort-Elisabeth, Boîte postale 2415 - Luxembourg-Gare, C.C.P. 31324-90  
Imprimerie Hermann, Luxembourg.

### Hosingen lädt ein

Daß die Zwangsrekrutierten ihre nationale Tagung dieses Jahr im Oesling, und zwar in Hosingen abhalten, wird allseits lebhaft begrüßt. Zum ersten Mal findet ein Kongreß der «Association des Enrôlés de Force, victimes du nazisme» im Norden des Landes statt, seit diese Organisation vor 19 Jahren gegründet wurde. Die Kameraden des Oeslings sind darüber hoch erfreut und laden die zahlreichen Landesdelegierten sowie alle Gäste recht herzlich ein.

Hosingen (Kanton Clerf) ist der Hauptort und Sitz der Gemeinde, die ± 1140 Einwohner zählt. Sie begreift sieben verschiedene Sektionen, u. z. die Ortschaften Hosingen, Bockholtz, Dorscheid, Neidhausen, Ober- und Untereisenbach, Rodershäusen und Wahlhausen.

### RÜCKBLLENDE

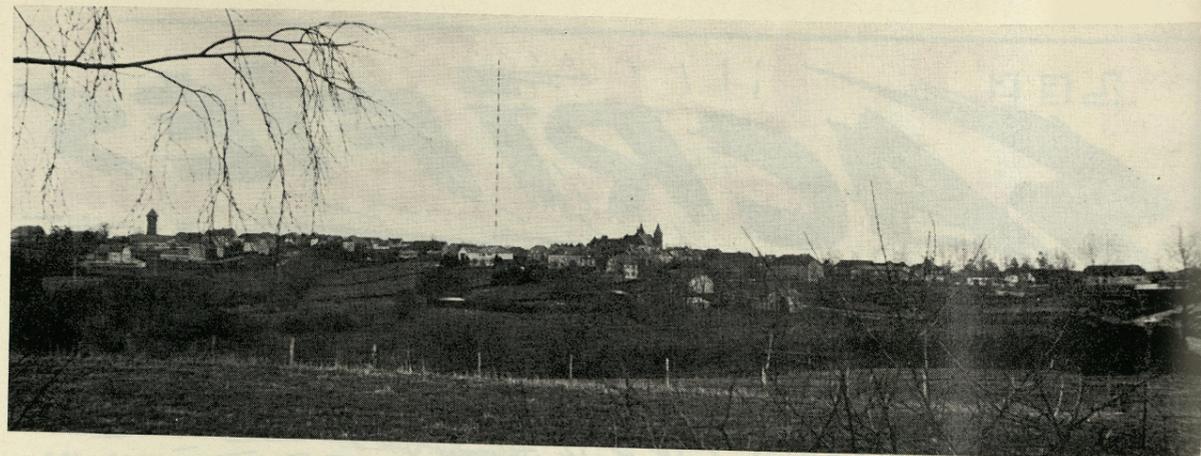
Unser nationaler Kongreß gibt uns die willkommene Gelegenheit, die Ortschaft Hosingen in der Rückblende zu zeigen.

Sie ist eine der ältesten Ortschaften des Oeslings. Für luxemburgische Verhältnisse liegt das Dorf in luftiger Höhe, und zwar immerhin 499 Meter über dem Meeresspiegel.

Der Name der Ortschaft wird erstmals in den Archiven der Abtei von Stavelot (Belgien) erwähnt. Das war um das Jahr 968. Etwa um 1200 wurde in Hosingen die Abtei der Augustinerinnen gegründet. Deren Geschichte ist eng mit derjenigen des Dorfes verknüpft. Die Klosterfrauen stammten alle aus fürstlichem Geschlecht. Die Abtei beeinflusste ganz merklich die Entfaltung der Ortschaft.

Wegen seiner zentralen Lage war Hosingen geradezu prädestiniert, ein Geschäftszentrum der umliegenden Dörfer zu werden.

Ueber fünf Jahrhunderte bestand die Abtei der Augustinerinnen. Josef II., geboren in Wien (1741-1790), Sohn des Franz I. und der Maria-Theresia, deutscher Kaiser und Mitregent der Habsburger Staaten (1765-1790) — Josef II. war ein regelrechter Gewaltherrscher — ließ die Abtei im Jahr 1784 schließen.



Gesamtansicht der Ortschaft Hosingen

Die etwa um 1748 erbaute Klosterkirche wurde von da ab Pfarrkirche. Aus den umgebauten Dependenzien der Abtei wurde ein Gemeindehaus, die Räumlichkeiten für die Primärschule und das Pfarramt. In diesem Gebäudeteil bezogen 1846 die Schwestern der christlichen Lehre dann ebenfalls Wohnung.

Während des Zweiten Weltkrieges, als die Rundstedtoffensive im Oesling tobte, wurde Hosingen arg in Mitleidenschaft gezogen. Die altherwürdigen Bauten wurden schwer beschädigt. Nach dem Krieg wurden die Gebäude wieder aufgebaut. Heute sind sie das harmonische Zentrum des Höhendorfes Hosingen.

Die Pfarrkirche, welche wahrscheinlich im Jahr 1748 erbaut worden war, ging in der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1944 in Flammen auf und brannte nieder. Sie wurde zum Teil wieder aus dem alten Gemäuer errichtet. Im Jahr 1952 wurde sie konsekriert. Ein wahres Kleinod des architektonisch gut gelungenen Gotteshauses ist ein herrlicher Wandkreuzweg aus Mosaik.

#### HOSINGEN IM ZWEITEN WELTKRIEG

Die Gemeinde Hosingen mit ihren sieben Sektionen, war während des letzten Krieges ein Hort der Zuflucht für Luxemburger, die sich vor dem Zugriff der Nazi-Häscher verstecken mußten. Nicht weniger als 106 Personen hatten in 33 Häuser sichere Verstecke gefunden, und das während  $\pm$  9.500 Tagen. Solche Zahlen mögen an und für sich wenig aussagen. Doch sollte man bedenken, daß, trotz des an sehr dünnem Faden über allen Beteiligten hängenden Damoklesschwertes, hunderte von Zentnern an Viktualien für die Ernährung der Versteckten zu beschaffen waren. Das war damals nicht einfach und, angesichts der Besatzungszustände, meist äußerst gefährlich. Unsere Oeslinger, sie schafften es und ließen der Gestapo und manch anderem Nazigesindel das Nachsehen.

#### DIE GROSSE PRÜFUNG

In der Nacht vom 16. zum 17. Dezember 1944 setzte die Wehrmacht im Vollzug ihres letzten

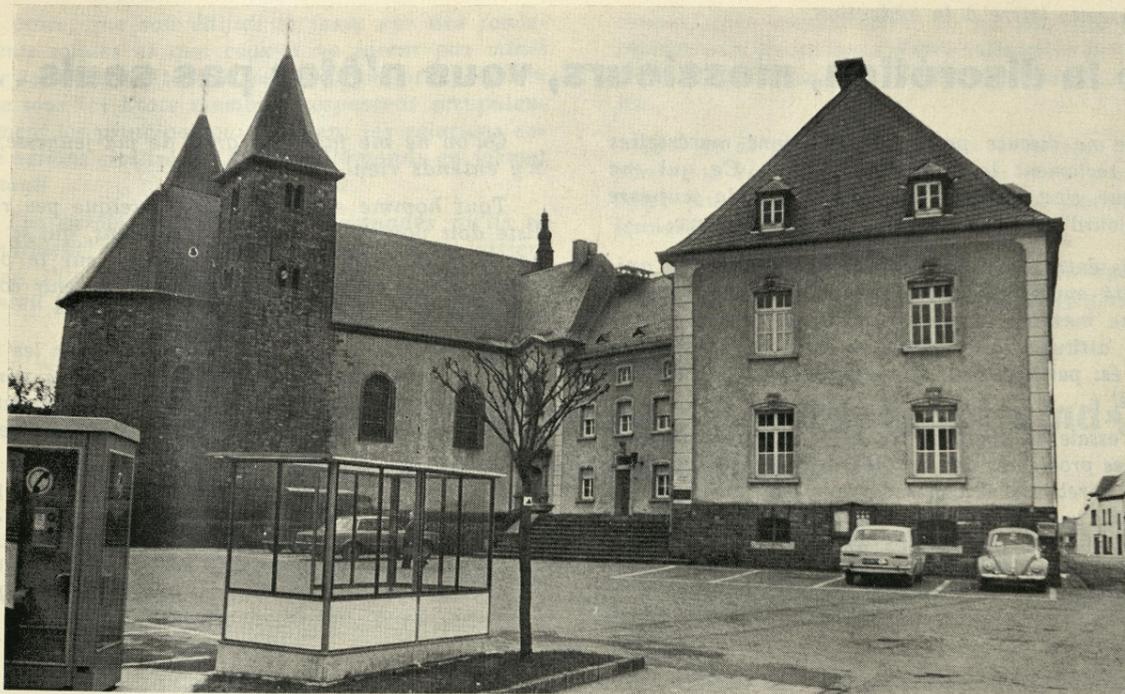
Verzweiflungsschlages im Westen (dieser ging in die Geschichte ein als die Rundstedtoffensive) ihre militärischen Operationen in Richtung Hosingen an. In diesem Frontabschnitt waren die 2. Panzer-Division, die 26. Volks-Grenadier-Division und die Panzer-Lehr-Division. Den stürmenden Nazi-Divisionen wichen die amerikanischen Truppen. In kürzester Zeit stand die Gemeinde Hosingen wiederum unter der Fuchtel der Nazis. Die seit dem 11. September 1944 durch die Amerikaner wieder erlangte Freiheit war von recht kurzer Dauer gewesen. Für 41 bittere Tage waren die Ortschaften der Gemeinde Hosingen von den Deutschen besetzt. In jenen Tagen waren die Einwohner vom Rest des Landes komplett abgeschnitten. Zu allem Ueberdruß war es im Winter 1944-1945 eisig kalt. Das Thermometer fiel auf 20° C. unter Null. Am 27. Januar 1945 wurde Hosingen dann endlich von den Nazis durch die 26. amerikanische Infanterie-Division befreit.

Während der 41 Tage, in denen Hitlers Wehrmacht zum zweiten Mal in der Gemeinde Hosingen gehaust hatte, kamen ebenso viele Einwohner ums Leben als in den vorausgegangenen Kriegsjahren, nämlich 23.

Von den Angehörigen der Jahrgänge 1920 - 1927, die unter das Dekret des Gauleiters Gustav Simon gefallen waren und von den Nazis zur Wehrmacht und anderen paramilitärischen Einheiten verschleppt worden waren, sind 18 gefallen an den Fronten oder in Deutschland erschossen worden. Aus Hosingen waren es 7, aus Bockholtz 2, aus Neidhausen 2, dann nochmals 2 aus Eisenbach, 3 aus Rodershausen und 2 aus Neidhausen.

#### DIE OPFER NICHT VERGESSEN !

Heute sind die vielen Narben aus jener unglücklichen Zeit geheilt. Und doch gibt es noch sehr viele, die an dem damals Durchgestandenen leiden, krank sind und dahin siechen. Viel zu hoch ist ganz gewiß die Zahl derer, die frühzeitig an den Folgen des damals Erlittenen gestorben sind. Sie haben ihre Narben und ihre Leiden mit ins Grab genommen.



Die Hosinger Kirche und die daran angebauten Geäulichkeiten, in denen die Verwaltung der Gemeinde Hosingen untergebracht ist. In dem gleichen Gebäude befindet sich der Gemeindesaal, in dem der Kongreß der «Association des enrôlés de force, victimes du nazisme» abgehalten wird.

Manches aus jener schweren Zeit ist ins Vergessen geraten. Unter den jüngeren Mitbürger gibt es nur wenige, die etwas von den Geschehen der Kriegsjahre von 1940 bis 1945 wissen. Aus diesem Grunde scheint es uns angezeigt, wenn für einmal der nationale Kongreß der Zwangsrekrutierten in Hosingen, dem Höhendorf des Oeslings, abgehalten wird. Die damit verbundenen öffentlichen Feiern und das Gedenken der Toten des Zweiten Weltkrieges, geben Anlaß zu Fragen seitens der Jugend.

Das Andenken an die Opfer der einfachen Bürger wachhalten, ihre ungewöhnlichen Verdienste vor dem Vergessen zu bewahren, wel-

che Männer und Frauen im Interesse der Heimat erwarben, ist sehr nützlich und schiebt manchen Geschichtsklitterern einen Riegel vor.

Auch das ist einer der Zwecke des nationalen Kongresses der «Association des Enrôlés de Force, victimes du Nazisme».

Abschließend heißen die «Enrôlés» der Hosinger Sektion ihre Kameraden und Gäste herzlich willkommen im Oesling, wünschen allen einen angenehmen Aufenthalt und hoffen, daß dieser Kongreß wieder einmal unser aller Verbundenheit und Entschlossenheit nach außen hin unterstreicht.

s. n.

## Enrôlés de force, êtes-vous sains d'esprit ?

Est-ce contrarier les idéaux des jeunes d'aujourd'hui, si les enrôlés de force se débattent pour défendre leur juste cause ?

Est-ce bien votre faute, chers camarades, qu'il y ait ce lamentable problème dû à l'enrôlement par la force de toute une génération luxembourgeoise au service militaire de leurs ennemis qu'étaient les Allemands sous cet exécrationnel régime national-socialiste, régime que ces derniers adoraient et soutenaient avec un fanatisme répugnant ?

Devez-vous à présent assumer la responsabilité que cet immense problème existe et qu'il fut grossi et entraîné par des agissements inex-

tricables de méthodes politiques à travers trois décades jusqu'à nos jours ?

Devons-nous accepter, après toutes les tractations sans issue, que l'on nous qualifie de gens qui, pour quelques prétendues blâmables raisons, remâchent perpétuellement les mêmes idées et qui reviennent constamment en arrière ?

Certes que non !

Ce que nous avons formulé ci-devant sous forme de questions, c'est ce qu'un jeune personnage (sexe non connu) nous reproche dans une lettre adressée à la rédaction et publiée au «Luxemburger Wort» en date du 4 mars 1978.

Voici cette lettre à la rédaction :

## De la discrétion, messieurs, vous n'êtes pas seuls . . .

Je ne discute pas les réparations matérielles que réclament les enrôlés de force. Ce qui me choque, c'est la façon dont ils mêlent la jeunesse d'aujourd'hui à leur propre sort malheureux.

Ils entretiennent par tous les moyens une animosité envers les Allemands dont il faut quand même mesurer la portée et se demander si une telle attitude raisonnable en 1978 et, surtout, si elle est partagée par la majorité des Luxembourgeois! ( . . . )

J'essaie de comprendre et je voudrais respecter les problèmes des enrôlés de force. Mais ils vivent à rebours et contrecarrent, par principe, les essais d'unification européenne. Or, il est inadmissible que les jeunes des années 30-40, devenus adultes, contrarient les idéaux des jeunes d'aujourd'hui!

Qu'on ne me fasse pas grief de ma jeunesse; je n'y entends rien!

Tout homme sain d'esprit et quelque peu réaliste doit voir l'époque où nous vivons, qui se caractérise par des problèmes urgents sur le plan mondial, ne peut pas permettre de revenir constamment en arrière.

Personnellement, j'en ai assez de voir les enrôlés de force se réclamer hautement les porteparole souverains et exclusifs du sentiment national luxembourgeois. J'en ai par-dessus la tête et je ne suis pas le seul! ( . . . )

Un peu de discrétion, oui, je répète, un peu de discrétion serait absolument à sa place! J'ai tout respect pour les victimes de guerre, mais il y a des limites à tout!

J. P.

Ci-après notre réponse qui parut au même journal le 11 mars 1978.

## «De la discrétion, Monsieur, vous n'êtes pas seul . . .»

Permettez, cher J.P., que nous vous répondions à votre lettre à l'éditeur parue au «Luxemburger Wort» le samedi 4 mars crt. Vous dites, que vous ne discutez pas les réparations matérielles que réclament les enrôlés de force. Ce qui vous choque, c'est la façon dont ces derniers mêlent la jeunesse d'aujourd'hui à leur propre sort malheureux.

Soyez rassuré, jeune J.P., et remettez-vous de votre choc. Les enrôlés de force ne mêlent ni vous, ni personne à leur sort. Ce qui semble vous échapper, est le fait que vous aussi bien que tout le monde au Grand-Duché est concerné par le problème qui est celui de l'enrôlement forcé. Nous nous expliquons en citant Me Georges-Gilbert Nonnenmacher, éminent juriste en droit international, page 151 de son livre «La Grande Honte».

«L'enrôlement de force des ressortissants d'un Etat occupé par une puissance occupante, (...) n'est pas un fait de guerre accidentel ou occasionnel, mais implique, de la part de ses auteurs, une volonté délibérée de violer des règles constantes du droit international et constitue, par la gravité de ses conséquences, le crime de guerre par excellence.

C'est un acte illicite causé par des agents de l'Etat allemand et qui engage la responsabilité internationale dudit Etat.

L'Etat allemand est directement responsable des actes de ses représentants ou organes qui, juridiquement, se confondent avec lui.

Il est un principe juridique constant et accepté par l'ensemble des nations civilisées qui veut que «toute violation d'une règle de droit entraîne pour l'auteur de l'acte illicite (ou pour celui qui en

répond) une obligation de réparer et ouvre à ses victimes (et nous ajouterions à toutes ses victimes) un droit à réparation». Ceci est vrai en droit interne, comme en droit international.

Ce principe de réparation est même expressément prévu, dans l'art. 3 de la IV<sup>e</sup> Convention de La Haye concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre, puisque «la partie belligérante qui violerait les dispositions dudit règlement sera tenue à l'indemnité, s'il y a lieu.»

( . . . )

«La responsabilité internationale a pour conséquence l'obligation pour l'Etat coupable de réparer le tort commis et pour l'Etat lésé le droit d'exiger la réparation du tort subi.» (Delbez. «Manuel de Droit International Public» p. 185.)

Voilà ce qui concerne jeunes et adultes pareillement. La jeunesse d'aujourd'hui, comment entend-elle réaliser l'unification des Etats européens avec un partenaire qui ne respecte pas la règle de droit fondamentale? Ce n'est certes pas revenir en arrière lorsqu'on se méfie de ceux qui ont maltraité toute une génération luxembourgeoise et qui se foutent royalement de toutes les terribles conséquences que cela comporte. Si le gouvernement de Bonn ne s'acquitte pas de ses dettes envers le plus petit partenaire dans le concert des nations européennes, et encore faut-il connaître la manière de laquelle il s'y prend, n'est-il pas permis de supposer qu'il agira de la même façon dans d'autres domaines (p. ex. Remerschen)?

Les enrôlés de force, de par leur «sort malheureux», ont toujours répondu affirmativement à l'appel de construction d'une Europe Unie. Mais

de grâce, que son édifice se fasse sur des fondements solides et que ceux-ci ne soient pas minés par la malhonnêteté. Il est absolument nécessaire que tous les Etats membres respectent scrupuleusement les principes qui régissent les relations entre nations civilisées. Que les Allemands en fassent autant!

Les enrôlés de force sont persuadés qu'ils se rendraient coupables d'un impardonnable laisser-aller, s'ils vous suivaient, cher J.P., dans votre conseil pour devenir de vénérées et discrètes per-

sonnes. Bien au contraire! Ils ne laisseront pas à répéter aux jeunes gens d'être infiniment prudents lorsque des engagements internationaux sont en jeu.

En fin de compte, nous vous remercions plutôt pour vos réflexions que de vous faire grief de votre jeunesse. Mais n'oubliez surtout pas que la jeunesse non plus est seule!

La Fédération des Victimes du Nazisme  
Enrôlés de Force

## Zwei, die tatsächlich «nicht so verschämt sind». Sie sind unverschämt

Im «leserforum» des «tageblatt» vom 01. 04. 1978 bemühten sich die HH. Max Ney und Jules Kemp um über die «Diskriminierung» der Zwangsrekrutierten zu schreiben. Anlaß dazu ward ihnen gegeben, weil sie als LAV-Prominente eifrige Besucher der DP-Aufklärungsversammlungen sind. Und ob sie der Aufklärung bedürfen, wird jeder sich bewußt, wenn er das Nachfolgende gelesen haben wird.

Wären die beiden Herren noch schulbankpflichtig und hätten sie ihren Aufsatz als Prüfungsaufgabe geschrieben, wäre dem Lehrer nichts andres übriggeblieben, als ihnen eine große Null aufs Blatt zu schreiben. Sie ratierten nicht nur ihr Thema, sondern sie fantasierten obendrein. Die beiden Herren sind keineswegs verschämt (verschämt bedeutet sich ein wenig schämen, verlegen oder schüchtern sein), sie sind glattweg unverschämt.

Nachfolgend was die Herren Ney und Kemp den Leser zumuten:

## Nicht alle Zwangsrekrutierten sind diskriminiert?

Die DP hatte vor kurzem zu einer öffentlichen Aufklärungsversammlung in Differdingen eingeladen.

Die Unterzeichneten hörten sich die sachlichen Vorträge an. In der anschließenden freien Aussprache monopolisierten dann verschiedene Zwangsrekrutierte die Diskussion. Ihre Diskussionsbeiträge ufernten streckenweise in regelrechte Haßtiraden an die Adresse von Mitbürgern aus, die am letzten Weltkrieg ebenso unschuldig sind wie die Zwangsrekrutierten auch.

Immer wieder ging in ihren Diskussionsbeiträgen die Rede von Diskriminierung und ungerechter Behandlung ALLER Zwangsrekrutierten. Offen wurde lediglich gelassen, von wem sich die Zwangsrekrutierten denn nun diskriminiert und ungerecht behandelt fühlen.

Vom luxemburgischen Staat oder von der deutschen Nation?

Vom luxemburgischen Staat kann man angesichts des nachstehend aufgeführten Beispiels annehmen, daß keine Diskriminierung oder ungerechte Behandlung gegenüber den Zwangsrekrutierten geschieht. Das Gegenteil scheint eher der Fall zu sein, wenn man z. B. das Los eines invalidenrentenberechtigten Dreischichtenarbeiters mit demjenigen eines invalidenberechtigten Zwangsrekrutierten vergleicht.

Für einmal sei daher das Einkommen eines Mannes in Ziffern genannt, der zu jenen gehört, die in der Zwangsrekrutiertenfrage am lautesten schreien, und der in Versammlungen ständig von Unrecht spricht, das ihm angeblich persönlich widerfahren ist.

Der Bedauernswerte bezieht seit 1945 eine Kriegschädenrente von rund 24.000 Franken netto. Insgesamt

hat er bis zum heutigen Zeitpunkt rund 1,9 Millionen Franken netto kassiert. Von 1960 bis 1978 wurden zusätzlich rund 400.000 Franken für medizinische Behandlung für ihn aufgebracht.

Nun wird auf Grund des Gesetzes von 1974 die Invalidenrente dieses Zwangsrekrutierten auf 5/6 des Endgehaltes berechnet und bis zum Pensionsalter von 65 Jahren aufgestockt.

Als normaler Invalidenrentner beim Staat müßte er sich mit 66.000 Franken brutto oder 50.000 netto begnügen. Als Zwangsrekrutierter aber wird seine Rente auf rund 83.000 Franken brutto aufgestockt. Was einem Netto von rund 59.000 Franken entspricht.

So, daß der Diskriminierte und ungerecht Behandelte über ein Netto-Einkommen von 59.000 + 24.000 = rund 83.000 Franken verfügt.

Als normaler Invalidenrentner müßte er sich mit 50.000 Franken netto «begnügen».

Inwiefern diesem Schreihals nun wirklich vom luxemburgischen Staat Unrecht geschieht, möge er einmal denjenigen, die auf 3 Schichten arbeiten, erklären.

Die einmal höhere Beiträge für ihre später weitaus kleinere Pension entrichten müssen.

Uns scheint, daß diese arbeitenden Menschen eher von Diskriminierung und von ungerechter Behandlung von seiten des Staates reden und schreiben könnten.

Vielleicht kommen sie einmal auf die Idee, vom Staat die gleichen Renten bei weitaus niedrigeren Beiträgen zu verlangen?

Aber diese Leute sind nicht so verschämt, weil sie wissen, daß unser Staat solche Renten mit Mindestbeiträgen von 3 Prozent einfach nicht für alle Luxemburger finanzieren kann.

Es wäre daher endlich an der Zeit, daß der Sozialminister dem Land mitteilt, was das Zwangsrekrutierten-gesetz von 1974 den Staat bis heute gekostet hat.

Bei der gleichen Gelegenheit könnte er der Öffentlichkeit darüber Aufklärung geben, zu welchen Mißbräuchen dieses Gesetz insbesondere im öffentlichen Sektor geführt hat.

Durch dieses Gesetz erhalten frühzeitig Pensionierte im öffentlichen Dienst nämlich höhere Renten als ihre

Mit Bezug auf das Voraufgegangene gingen unserer Redaktion gleich 3 Leserzuschriften zu, die wir hier anschließend wiedergeben.

## Alle Zwangsrekrutierten sind diskriminiert!

Aber keineswegs so, wie es die Herren Ney Max und Kemp Jules des LAV-Rentnerverbandes, in ihrer Zuschrift an das Escher Tageblatt vom 1. April 1978, darstellen.

Einer Aufklärungsversammlung der DP in Differdingen wohnten tatsächlich viele früheren Zwangsrekrutierten bei. Viel eher als ein Grund zur Aufregung ist dies ein Beweis dafür, daß diese Leute am politischen Geschehen unseres Landes interessiert sind. Bei der freien Aussprache sprach Jos. Weirich, Nationalpräsident der Zwangsrekrutierten zum Thema: Mittel und Wege zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Er erklärte den Gesetzesvorschlag des LSAP-Abgeordneten Jean Gremling, den dieser am 16. Februar 1978 in der Abgeordnetenkommission deponiert hat. Hierin geht es darum den Naziopfern die Möglichkeit zu geben, freiwillig in den Ruhestand treten zu dürfen, ohne daß diese, wie bislang erfordert, Vollinvaliden sein müssen. Im Gegensatz zu den Bestimmungen des Tripartite-gesetzes, die sich wenigstens vorläufig nur auf die Großindustrie beschränken, würden in allen Bereichen Arbeitsplätze frei werden, wenn die Naziopfer (zu diesen gehören ebenfalls die Zwangsrekrutierten) früher in den Ruhestand treten dürfen, so wie im besagten Gesetzesvorschlag vorgesehen. Die frei werdenden Arbeitsstellen müßten von Arbeitssuchenden sofort wieder besetzt werden. Wenn also durch dieses Gesetz in nächster Zeit, — wünschenswert wäre, wenn dies so schnell wie nur denkbar möglich geschehen könnte, — einige Hundert Naziopfer aus dem Berufsleben freiwillig ausscheiden, müßten ebenso viele Jugendliche an ihre Stelle treten oder andere Arbeitslose kämen von der Straße. Rentenzuschüsse wie sie laut Gesetz vom 26. März 1974 gewährt werden, belasten die Staatskasse weniger als Arbeitslosenunterstützung. Obendrein wäre die allseits sehr gefürchtete und noch viel weniger zu verantwortende Jugendarbeitslosigkeit sehr stark vermindert.

Bis hierhin war also keineswegs die Rede von irgendwelchen Diskriminierungen. Wenn die

aktiven Kollegen, die noch jahrelang Dienst verrichten müssen, verdienen.

Dies sind unseres Erachtens einige der wirklichen Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten, die es auszumachen gilt!

**Ney Max, Präsident des Differdinger LAV-Rentnerverbandes  
Kemp Jules, Präsident des Nationalverbandes der Rentner des LAV**

Zwangsrekrutierten von Diskriminierung sprechen, dann im Zusammenhang mit dem Kriegsschädengesetz vom 25. Februar 1950.

Wie wenig die Herren Ney und Kemp über das nationale Problem der Zwangseinziehung unterrichtet sind, über das sie allerdings frisch fröhlich schreiben und, wie es den Anschein hat, zu polemisieren gedenken, läßt sich einwandfrei aus folgender Passage ihrer Zuschrift an das Tageblatt ersehen: «Offen wurde lediglich gelassen, von wem sich die Zwangsrekrutierten denn nun diskriminiert und ungerecht behandelt fühlen. Vom luxemburgischen Staat oder von der deutschen Nation?»

Die beiden Herren scheinen nicht einmal zu wissen, ob der Bundestag der Bundesrepublik Deutschland oder die Luxemburger Abgeordnetenkommission das luxemburgische Kriegsschädengesetz vom 25. Februar 1950 gestimmt haben!

Angesichts solcher Unwissenheit läßt sich erklären, daß die HH. Ney und Kemp von einem «Zwangsrekrutierten-gesetz von 1974» schreiben, das es überhaupt nicht gibt.

Schon seit 1950 versuchen die Zwangsrekrutierten die Toten wie die Lebenden reinzuwaschen von einer sie unwahrscheinlich in ihrer Ehre kränkenden und materiell benachteiligenden, gesetzlichen Maßnahme. Sie werden solange keine Ruhe geben, bis diese für Luxemburger beschämenswerte Ungerechtigkeit aus der Welt geschaffen sein wird.

Das also ist die unglaubliche Diskriminierung aller Zwangsrekrutierten. Und daran schreiben die Herren Ney und Kemp meilenweit vorbei. Da sie besagten Artikel in ihren Eigenschaften als Präsident respektiv Nationalpräsident des LAV Rentnerverbandes unterschreiben, müssen wir Zwangsrekrutierten uns fragen, ob dieses die offizielle Stellungnahme des LAV-Rentnerverbandes ist. Eine klare Antwort wünschen wir auf diese Frage zu erhalten, da immerhin viele Zwangsrekrutierten Mitglieder dieser Vereinigung sind.

In der DP-Versammlung sprach ebenfalls J.P. Hamilius, Mitglied des Vorstandes der «Fédération des victimes du nazisme, enrôlés de force». Ob es zwischen ihm und einigen Personen, die am DP-Vorstandstisch Platz genommen hatten zu «Haßtiraden» gekommen ist, konnten wir nicht verfolgen, denn wir saßen, oder besser, standen «nur» im Saal. Es ist demnach anzunehmen, daß die HH. Ney und Kemp sich in der Nähe des Vorstandstisches befanden. Und was sie dort eventuell an persönlichen Auseinandersetzungen gehört haben mögen, gehört doch wirklich nicht in die Öffentlichkeit.

Was Herr Hamilius den Versammelten mitteilte, ist dem Bulletin des Statistischen Amtes (Direktor Georges Als) entnommen. Es sind das die 11 Milliarden Kriegsschäden, die Deutschland bezahlen müßte. Davon hat die B.R.D. knappe 10% abbezahlt. Seit eh und je verlangen die Zwangsrekrutierten, daß Luxemburgs Regierung sich bemühen soll die noch geschuldeten Milliarden einzutreiben. In der gegenwärtigen Krisenzeit wäre das eine nicht zu verachtende finanzielle Spritze für unser Land.

Es entzieht sich unserer Kenntnis, warum führende Mitglieder des LAV-Rentnerverbandes sich gegen diese Forderung stellen. Wir Nazi-geschädigten waren und sind noch immer der Meinung, daß es nicht am Luxemburger Steuerzahler ist, für Schulden, lies: Verbrechen, zu zahlen die von Deutschland verursacht wurden. Wir sind der Meinung, daß aus «gut nachbarlichen Beziehungen» (einiger Prominenten) oder aus anderen Gründen, wir Luxemburger nicht auf diese gerechten Forderungen an Deutschland verzichten sollen.

Was nun den «persönlichen Fall» anbelangt, den die HH. Ney und Kemp so breitspurig in die Öffentlichkeit tragen, wäre es nicht unwichtig zu erfahren wer ihre Informanten sind. Es sieht sehr danach aus, als würden sie Steine werfen, die Revanchelustige ihnen reichen. Sogar nur halbwegs Eingeweihte sahen auf den ersten Blick, daß sie mit falschen Zahlen operieren. Ihre Glaubwürdigkeit als etwaige Diskussionspartner fällt somit auf Null, wenn nicht gar drunter. Wir möchten amtlich bescheinigt sehen, welchem Zwangsrekrutierten das Kriegsschädenamt seit 1945 eine Kriegsrente von 24.000.- Franken bezahlt. Diesen Beweis werden die beiden Herren niemals erbringen können. Deswegen ist ihre Behauptung eine perfide Verleumdung eines oder gar mehrerer Zwangsrekrutierten.

Die von den beiden Herren gemachten Vergleiche sind direkt haarstrebend. Es geht nicht an die Pension eines höheren Staatsbeamten mit der Rente eines Dreischichtenarbeiters zu vergleichen. Wer solche Unterschiede nicht sieht und dann von Diskriminierung spricht, dem ist wahrhaftig nicht mehr zu helfen. Oder sollte jene Zuschrift nichts weiter als Aufwiegelung sein?

Die beiden Verantwortlichen der LAV-Rentnerverbände möchten wir dahingehend aufklären, daß die Pension eines Staatsbeamten, der früher zwangsrekrutiert worden war, genau die gleiche ist wie die eines solchen, dem ein ähnliches Schicksal erspart blieb, und daß die Rente zweier Dreischichtenarbeiter ebenfalls genau dieselbe ist, ganz gleich ob zwangsrekrutiert oder nicht. Ein jeder kann bestenfalls eine volle Pension oder volle Rente erhalten. Daß Naziopfer infolge frühzeitiger Invalidität ein staatlicher Zuschuß gewährt wird, ist eine gesetzliche Regelung. Oder geben die Herren Ney und Kemp etwa den Kriegsversehrten ihre Beine, Arme oder Augen mit ihrem Eintritt in die Pension wieder? Oder, anders herum gefragt: würden dieselben Herren sich vielleicht eines ihrer Gliedmaßen abschlagen lassen um ihre Rente um zusätzliche 24.000.- Franken aufstocken zu lassen? Wir raten ihnen die Broschüre «Im Rollstuhl notiert» vom inzwischen verstorbenen, Differdinger Zwangsrekrutierten Hubert Meunier zu lesen.

Die Zwangsrekrutierten sind zu sehr Realisten, als daß sie die Wahrheit verkennen oder leugnen wollten. Sie wissen sehr wohl welches die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes vom 26. März 1974 sind. Was die Föderation der zwangsrekrutierten Naziopfer vorgeschlagen hatte, wäre nicht nur billiger zu stehen gekommen, sondern es wäre auch noch ausgeglichener und deshalb gerechter gewesen. Aber nicht wir, sondern das Parlament macht die Gesetze.

Abschließend sei wiederholt: Es ist ein juristisches Prinzip, daß der den Schaden bezahlt, der ihn angerichtet hat. Die das Erbe derer angetreten haben, die im Namen des deutschen Volkes grauenhafte Verbrechen am Luxemburger Volk begingen, sollen dafür bezahlen und nach Kräften wiedergutmachen.

Sollten die HH. Ney und Kemp unserer Meinung sein, dann täten sie wohl daran, die Forderung der Zwangsrekrutierten zu unterstützen. So wie sie die Aufklärungsversammlung der DP besuchten, sollten sie ebenfalls zu einer unserer nächsten Versammlungen kommen. Sie sind herzlich dazu eingeladen. Dort können sie sich erkundigen und dokumentieren. Es würde ihnen dann nicht mehr vorkommen über etwas zu schreiben, wovon sie keine blasse Ahnung haben. Sie würden danach ganz gewiß nicht mit Steinen werfen, die andere ihnen in die Hände drückten.

Fédération des Victimes du Nazisme,  
enrôlés de Force

### FEUERBESTATTUNG

Für jede Auskunft wende man sich an  
SOCIÉTÉ POUR LA PROPAGATION  
DE L'INCINÉRATION a. s. b. l.  
Boîte postale No 73 - LUXEMBOURG  
Sitz: 59, rue des Gaulois

## Nicht alle Zwangsrekrutierten sind diskriminiert.

Mit diesem Titel erschien in der Nummer 75 auf Seite 4 des TAGEBLATT vom 1. 4. 1978 der von Ihnen unterzeichnete Artikel.

Wir hoffen, daß es sich dabei um einen schlechten Aprilscherz handelt. Sollte er aber wider Erwarten von Ihnen ernst gemeint sein, können wir nicht umhin, folgende Klarstellung abzugeben:

1) Ueber Diskriminierung der Zwangsrekrutierten, sowohl im Kriegsschädengesetz als auch bei der Handhabung des Invaliditätsgrades bei der Beantragung einer Rente, wollen wir nicht mit Ihnen diskutieren, weil Sie sich dafür nicht interessieren, denn die Diskriminierung besteht schon seit 28 Jahren, nur Sie scheinen davon noch nichts gehört zu haben.

2) Ihre Kenntnisse in bezug auf das Gesetz vom 26. 3. 74 sind unübertroffen naiv.

Es gibt nämlich kein extra Zwangsrekrutierungsgesetz, wie Sie behaupten, sondern ein Gesetz vom 26. 3. 74 für sämtliche Naziopfer. Also K.Z.ler, Umgesiedelte, Maquisards, Zwangsrekrutierte usw. Was nun den Kostenpunkt des «complément différentiel» anbelangt, so wurde derselbe von Herrn ABENS angefragt und durch Herrn Sozialminister BERG unter «Fragen an die Regierung» im Kammerbericht der Session 1976-77 auf Seite 238 klar und deutlich beantwortet und sogar nach den verschiedenen Pensionsregimen aufgeteilt. Herr KEMP und Herr NEY, warum lesen Sie solche Mitteilungen nicht, wo Pensionsprobleme behandelt werden, die doch gerade Sie als Rentnerpräsidenten ungeheuer interessieren müßten? Dann bräuchten Sie jetzt den Herrn Sozialminister nicht nochmals um schon Gesagtes zu bitten.

3) Genauso wie Sie als Rentnerpräsidenten nicht wissen, daß sämtliche Renten, auch Kriegsschädenrenten, indexgebunden sind. Sonst könnten Sie nämlich eine Rente, die 1945 (Index 100) 24.000.- Frs. betrug, 1978 (Index 288,8) noch immer mit 24.000.- Frs. einsetzen.

Dieselbe wäre nämlich inzwischen auf 69.000 Frs. angestiegen. Wenn aber jemand 1945 schon sage und schreibe 24.000.- Frs. Kriegsschädenrente erhielt, mußte er als Staatsbeamter (denn Sie haben dieses Beispiel herausgegriffen) eine außergewöhnlich hohe Gehaltsbasis aufweisen. Ein Zwangsrekrutierter des ältesten Jahrgangs, also 1920 war damals 25 Jahre alt. Rechnen wir die Kriegsjahre bis zu seiner Zwangseinziehung zurück auf 1942, hatte derselbe 22 Jahre, seine Universitätsstudien in keinem Falle abgeschlossen und mithin auch keine Gehaltsstufe aufzuweisen.

Um 1945 aber eine solch hohe Kriegsschädenrente zu beziehen, mußte der von Ihnen so unhöflich als Schreihals bezeichnete fast 100%-

ig Invalide sein. Staatsbeamte konnten damals aber nur die Hälfte ihrer Kriegsschädenrente mit dem Gehalt kumulieren. Die reale Rente hätte also normalerweise 48.000.- Frs. betragen. Mit einer Rente dieser Höhe also praktisch komplett arbeitsunfähig.

Wieso konnte er dann noch all die folgenden Jahre so aktiv arbeiten, daß ihm auch noch eine Invalidenrente in Höhe von 59.000.- Frs netto angerechnet wurde?

Meine Herren. Sie strafen sich doch selbst Lügen. Oder führte vielleicht ein anderer die Feder?

Sogar wenn die obengenannte Rente von 24.000.- Frs von 1945 bis 1978 unverändert geblieben wäre, ergäbe das in 32 Jahren ein Total von 9,2 Millionen und nicht 1,9 Millionen, wie Sie behaupten. Sie scheinen außergewöhnliche Rechenkünstler zu sein.

4) Und dann noch 400.000.- Fr. für medizinische Behandlung von 1960-1978. In diesen 18 Jahren ergeben das monatliche Unkosten in Höhe von 1.851.- Frs. Die bescheidene Summe von 1.851.- Fr pro Monat für medizinische Behandlung eines schwerkriegsgeschädigten Zwangsrekrutierten.

Meine Herren, dies überhaupt zu erwähnen, ist eine bodenlose Gemeinheit.

Es fehlt nur, daß Sie nicht auch noch geschrieben haben, daß gottseidank 3.500 nicht zurückkamen.

Denn stellen Sie sich einmal vor, Herr Kemp und Herr Ney, 3.500 wären nicht gefallen, sondern total kriegsverkrüppelt nach Hause gekommen. 3.500 x 30.000.- Frs (im Durchschnitt) wären fast 1,3 Milliarden zusätzlich an jährlichen Kriegsschädenrenten auszus zahlen, dazu noch zig Millionen an «MEDIZINISCHER BEHANDLUNG».

Nicht auszudenken, nicht wahr, meine Herren?

3.500, die niemals Beiträge gezahlt hätten, niemals im Dreischichtensystem gearbeitet hätten und trotzdem hohen Renten bekämen. Das wäre ja ein Hohn, nicht wahr, meine Herren?

Und diejenigen, die das alles verschuldet haben, streifen Sie, Herr KEMP und Herr NEY, mit ganzen drei Worten:

«DIE DEUTSCHE NATION».

Diese drei Worte bedürfen keines Kommentars unsererseits.

Sie sind uns deutlich genug . . .

ENTENTE DES ENROLES DE FORCE  
DE LA COMMUNE DE DIFFERDANGE

## Lieber Max und Julius!

Entschuldigen Sie bitte wenn wir beim Lesen Ihres Artikels «Nicht alle Zwangsrekrutierten sind diskriminiert!», erschienen am 1. April im «Tageblatt» vorerst an einen dummen Aprilscherz glaubten und bei diesem doppelt unterschriebenen Unsinn an einen allerletzten Streich der bekannten Lausbuben Max und Moritz dachten.

Nun ist das Problem der Zwangsrekrutierten ein allzu ernstes, als daß wir diesen von Ihnen verzapften Blödsinn einfach «im Raum stehen lassen» so wie Herr Minister Berg sich auszudrücken pflegt.

Max und Julius möchten mit dem ernstesten National-Problem der Zwangsrekrutierten Klassenkampf und Klassenhaß treiben und schüren.

«WEHRET DEN ANFÄNGEN»

Bevor wir dies zulassen bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Waren Sie überhaupt in dieser Versammlung anwesend, oder bereitet Ihnen die luxemburgische Sprache vielleicht Schwierigkeiten? Sie schreiben von Haßtiraden an die Adresse von Mitbürgern. Wir sind dabeigewesen und haben solches Benehmen nicht erlebt. Es sei denn Sie würden die abfälligen Bemerkungen der am Vorstandstisch sitzenden Herren René Mart und Urth Mich als Haßtiraden betrachten.
- 2) Wie ist es möglich, daß zwei Präsidenten und sogar ein Nationalpräsident einer solch wichtigen Einrichtung wie der LAV-Rentnervorstand, so wenig firm in so wichtigen Gesetzen wie die im Laufe der Jahre, zum Vorteil aller Naziopfer, geschaffenen sind? Gesetze, von denen auch LAV-Mitglieder profitieren!

3) Sie schreiben von Schreihälsen. Bitte! Wie nennt man jene welche, ohne sich zu informieren, über Themen schreiben, wovon Sie nicht die leiseste Ahnung haben, bewußt Unwahrheiten und direkte Verleumdungen in die Öffentlichkeit tragen?

4) Beantworten Sie uns bitte die Frage, wer Ihnen die von Ihnen angeführten Beträge zugezogen hat. Am ganzen haftet doch der Geruch von Vertrauensmißbrauch.

5) Uns würde auch interessieren wem 1945 eine monatliche Kriegsschädenrente von 24.000.- Franken ausbezahlt wurde. Sollte dies stimmen wünschen wir weder Ihnen noch uns so schwer kriegsgeschädigt zu sein, daß eine solche hohe Rente berechtigt wäre.

Oder aber, Herr Kemp und Herr Ney, bezichtigen Sie indirekt das Kriegsschädenamt der Gevetterliwirtschaft?

6) Eine allerletzte Frage an Herrn Kemp: Warum mußten Sie gegen Ende des Krieges Ihre damalige Arbeitsstätte die «Mines Ste Marie Aux Chênes» eigentlich verlassen? Stimmt es, daß Sie noch heute die herzlichsten Beziehungen zu früheren Nazigrößen wie z. B. Ortsgruppenleiter pflegen?

Dies wäre vielleicht ein Grund, warum Ihnen das Problem der Zwangsrekrutierten ein Buch mit sieben Siegeln war und ist.

Lieber Max und Julius.

Wir glauben Sie sind beide Schelme und hoffen, daß dies wirklich Ihr letzter Streich gewesen ist.

Einige von vielen im LAV organisierten  
Zwangsrekrutierte

## Will die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Naziverbrecher decken?

Die amerikanische Besatzungsmacht in Deutschland hat kürzlich der Bundesrepublik Deutschland die Uebnahme des Archives über die im 3. Reich begangenen Naziverbrechen und über die Naziverbrecher angeboten.

Die Bundesrepublik hat das Angebot ausgeschlagen.

In einer öffentlichen Intervention beschuldigte SPD-Bundestagsabgeordneter HANSEN die Bundesrepublik, durch diese Nichtübernahme Naziverbrecher zu decken.

Ohne dazu Kommentare geben zu wollen teilen wir unsere Stellungnahme mit:

Genau so, wie sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei der Wiedergutmachung an Luxemburg und in der Zwangsrekrutiertenangelegenheit mit gesalbten, aber leeren Worten hinter Paragraphen versteckt, genau so zieht sie die Flucht vor der Verantwortung vor, indem sie die Annahme dieser äußerst interessanten und besonders relevanten Dokumente verweigert.

Beim Studium der Dokumente könnte sich herausstellen, daß manch führende Persönlichkeit aus Staat und Wirtschaft der Bundesrepublik bereits eine führende, weisungsbefugte Persönlichkeit mit beschmutzter Weste unter dem Naziregime war.

Leichter als Verantwortung zu übernehmen ist es, das Problem zu ignorieren oder totzuschweigen, Scheuklappen anzulegen.

Wegen der Ablehnung der Übernahme des Naziverbrecherarchivs der amerikanischen Besatzungsmacht in der BRD durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, wurde der umseitig abgedruckte Brief an Herrn Walter Scheel, Präsident der Bundesrepublik Deutschland, und an Herrn Hans-Dietrich Genscher, Außenminister der BRD geschickt.

An Herrn Walther SCHEEL  
Präsident der  
Bundesrepublik Deutschland  
Bonn

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Aus Pressemitteilungen haben wir entnommen, daß die Bundesregierung es abgelehnt hat, das Dokumentenarchiv über das Naziverbrechertum des Dritten Reiches von der amerikanischen Besatzungsmacht zu übernehmen.

Ganz gleich aus welchen Gründen auch immer die Bundesregierung dies ablehnte, es ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die durch die Naziterrorherrschaft

zwangsrekrutiert  
verschleppt  
umgesiedelt  
ausgesiedelt  
erniedrigt  
ermordet  
terrorisiert  
geknechtet  
geschmäht  
verfolgt  
mißhandelt  
geschändet  
gefoltert  
erschlagen  
verstümmelt  
verwundet  
kastriert  
entweißt  
hingerichtet  
vergast  
verbrannt

wurden

leiden  
flüchten  
Entbehrungen

leiden mußten

an denen Impfversuche  
Hitze-  
Kälte-  
Höhen-  
und andere Experimente

vorgenommen wurden

an denen Euthanasie

verübt wurde

deren Schädel Büropulte  
deren Haut Schmuckkästchen

zieren,

usw. usf.

Genau so, wie die Bundesrepublik es immer wieder fertig bringt, das Streitobjekt «Luxemburgische Zwangsrekrutierte» vor sich herzuschieben und ihre Verantwortung nicht übernehmen hat und übernimmt,

genau so zieht sie in vorliegendem Falle die Flucht der Verantwortung vor, was man gleich-

stellen kann mit einer beabsichtigten Deckung der Naziverbrecher, deren es auch heute noch viele gibt, die damals eine führende, weisungsbefugte und verantwortliche Stelle inne hatten, und die auch heute wieder in führenden Gremien des öffentlichen und privaten Sektors zu finden sind.

Solange die Bundesrepublik sich an der Verantwortung vorbeidrückt und nicht ihrer Verpflichtung zur wirklichen Bewältigung der Vergangenheit nachkommt, obwohl sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit durch befugte Personen mit schönen, aber leeren Worten auf diese ihre Verpflichtungen als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches hinweist, solange diese gesalbten Worte leeres Sagen bleiben, solange die Regierung der BRD die Zwangsrekrutierung der luxemburgischen Jugend in die Deutsche Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges nicht als Naziverbrechen anerkennt und ihre Schuld an diesen Naziopfern getilgt hat, solange können wir kein Vertrauen in die Regierung und an die Bundesrepublik Deutschland haben.

Wir können nicht an eine BRD glauben, die Europa bauen helfen will, die aber vergißt ihre Ehrenschuld an Europäer zu zahlen.

Wir glauben nicht an eine BRD, die Friedensvermittlerrollen annimmt und andererseits auf beste aufrüstet und noch zusätzlich Kriegsmaterial ins Ausland verkauft.

Wir glauben nicht an eine BRD, die selbst nicht sauber dasteht, die aber ans Ausland Ratschläge erteilt, wie dieser oder jener seine Probleme lösen soll, ihre Probleme aber nicht löst und auch keinen Versuch dazu anstellt.

Solches ist einfach unglaubwürdig und unglaubhaft. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen . . . . . !

Wenn wir dann noch sehen, wie überall in der BRD Parteien, Gruppen und Grüppchen entstehen, die das Hitler- und Nazitum neuerstehen lassen und verherrlichen, ohne daß sie sichtlich gestört werden, dann muß uns trotz bestem Willen jeder Glauben an die BRD und seine führenden Leute entschwinden.

Unsere Worte sind hart, aber wahr. Wir sind verbittert. Weit mehr als die Hälfte unserer zwangsrekrutierten Kameraden leben nicht mehr, ein Teil ist krank und leidet an den Verwundungen, Krankheiten und Entbehrungen, die sie sich als zwangsweise Eingezogene zugezogen haben, und immer und noch immer wieder entzieht sich die BRD ihrer moralischen und auch finanziellen Pflicht. Wir haben bereits einmal teuer bezahlt, und heute zahlen wir und andere unschuldige Steuerzahler nochmals die Schuld, die die BRD bezahlen soll und auch muß.

Wir gehen schlußendlich soweit und fragen uns, ob in den zuständigen beratenden Aemtern der BRD keine Leute sitzen, die uns aus ganz bestimmten Gründen schlecht gesinnt sind und deshalb keinen Ausweg suchen und immer ne-

gative Beurteilungen unseres Problems ausstellen.

In der angenehmen Hoffnung, daß Sie als Bundespräsident auf die Regierung einwirken, und daß wir auch Ihrer persönlichen Stellungnahme bald entgegensehen dürfen.

grüßen wir

Hochachtungsvollst

Für die Zwangsrekrutiertenföderation,  
Vertreter der noch lebenden und  
verstorbenen Naziopfern  
Der Nationalpräsident

Jos. WEIRICH

## Mitteilungen - Korrespondenz

Am 16. März besuchte der gesamte Vorstand unserer Föderation die Ausstellung «Der Zweite Weltkrieg in Luxemburg, erzählt durch Plakate», im Staatsarchiv in Luxemburg. Die Föderation beglückwünscht die Direktion zu dieser guten Initiative, die einen guten Ueberblick über die Nazi-Propaganda während des 2. Weltkrieges in Luxemburg gibt.

H. Direktor Spang, nach einem lehrreichen Exkurs durch die Geschichte des Staatsarchivs und seiner Gebäulichkeiten, kommentierte in sachlicher Art den Aufbau der Ausstellung und die Plakate.

Bisher haben über 5.000 Personen, darunter auch geschlossene Schulklassen, diese Ausstellung besucht. Viele davon verließen sie, erinnert, aufgewühlt, bedrückt.

\* \*

Am Mittwoch den 22. März 1978 hat sich eine Delegation unseres Zentralvorstandes mit einer Delegation der CSV in den Lokalen der Chamberfraktion der CSV getroffen.

Es fand ein Gedankenaustausch statt über die noch anhängenden Probleme und deren Lösung. Feste Akzente wurden auf die definitive Ausmerzung der legal verankerten Diskriminierung der Zwangsrekrutierten gelegt.

\* \*

Am 24. März 1978 hat sich eine Delegation unserer Föderation mit einer Delegation der Sozial-Demokratischen Partei getroffen.

Es fand ein Meinungs-austausch statt über die Lösung der Zwangsrekrutiertenprobleme, bei der besondere Akzente auf die moralischen Forderungen gelegt wurden.

Es kann festgehalten werden, daß Einigkeit bestand bei allen grundlegenden Ideen.

\* \*

Installations Sanitaires  
Constructions neuves et transformations

WEIS Jean-Pierre

Devis sur demande - Service de réparations  
Service d'entretiens - Travaux soignés

1, rue Pierre Krier  
SCHIFFFLANGE Téléphone 54 58 50

Au Parti communiste  
a. m. M. René Urbany, président  
16, rue Christ-Plantin  
L u x e m b o u r g

Messieurs,

Nous apprenons avec consternation le décès d'un de vos meilleurs adhérents, le député-maire Arthur USELDINGER.

M. Useldinger, ayant lui-même souffert des oppressions de l'occupant nazi, a depuis toujours soutenu nos doléances.

Nous perdons en lui un bon défenseur de notre cause.

Tout en espérant que son successeur adopte également de défendre avec véhémence nos revendications, nous nous permettons de vous présenter nos sincères et profondes condoléances.

le président national  
Jos. Weirich

\* \*

Au Parti Démocratique  
a. m. Gaston Thorn, président  
46, Grand-rue  
L u x e m b o u r g

Messieurs,

Nous apprenons avec consternation le décès de Monsieur Eugène Schaus, ancien député et ministre.

M. Eugène Schaus, qui a souffert lui-même des atroces oppressions de l'occupant Nazi, n'était pas toujours d'accord avec notre manière de voir les problèmes des enrôlés de force, victimes du nazisme, mais il ne cachait jamais son opinion et il avait notre estime.

M. Schaus était un grand homme de la politique luxembourgeoise et européenne. Il était un architecte de votre parti et vous perdez en lui un de vos meilleurs adhérents.

Permettez-nous de vous exprimer nos sincères condoléances.

le président national  
Jos. WEIRICH

Madame Eugène Schaus et ses enfants  
56, Grand-rue  
Luxembourg

Madame,  
nous apprenons avec consternation le décès  
de votre mari, ancien député et ministre.

M. Eugène Schaus, qui a souffert lui-même  
des atroces oppressions de l'occupant Nazi,  
n'était pas toujours d'accord avec notre manière  
de voir les problèmes des enrôlés de force,  
victimes du nazisme, mais il ne cachait jamais  
son opinion et il avait notre estime.

M. Schaus était un grand homme de la poli-  
tique luxembourgeoise et européenne, pour le  
parti démocratique il était inestimable.

Permettez-nous, Madame, d'exprimer à vous,  
à vos enfants et votre famille nos sincères et  
profondes condoléances.

le président  
Jos. Weirich

**JOURNÉE BELGO-LUXEMBOURGEOISE**  
de la Brigade Piron  
à Wiltz  
30 Avril 1978

**O P R U F F**

D'Sektioun Woltz vun den Enrôlés de Force  
appelléiert un all Memberen, Fraen a Männer,  
sech un de Feieren ze bedélegen, déi den 30.  
Abrël 1978 zu Woltz sin am Kader vun der Jour-  
née belgo-luxembourgeoise de la brigade  
PIRON.

Et därf bekannt sin, dat während dem lèsch-  
te Krich ronn 400 Letzeburger Jongen fräiwëlleg  
an der Brigade Piron gedéngt hun. De gréiften  
Dél vun hinnen waren virdrun vun den Nazien  
zwangsrekrutéiert gin. An deser belscher Uni-  
téit hun si matgekämpft géint den Naziregime.

Fir hinnen eis Erkenntlechkéit ze beweisen,  
erkläre mir äis solidaresch mat hinnen. Den 30.  
Abrël huelen der esou vill wéi nëmmen méiglech  
vun äis un hirer Journée dél.

**PROGRAMM VUN DER JOURNÉE**

Sondes, den 30. Abrël versammele mir äis  
virum Stadthaus zu Woltz, an zwar um 9 Auer  
murjes. Dorno gi mir geschlossen mat onse  
Komeroden vun der Brigade Piron am Cortège  
durch Grand-Rue; Rue des Tondeurs; Avenue  
Nicolas Kreins bis an d'Dekanatskirech zu Nid-  
derwoltz. Um 10 Auer: Feierlech Gedénkmass,  
zelebréiert vum Abbé Martzen. No der Mass gét  
de Cortège dann durch d'Avenue de la Gare,  
d'Rue Michel Thilges bis bei de Monument Na-  
tional de la Grève. Do gét d'Sonnerie Nationale  
gespillt iwerdém verschidden Delegatiounen en-  
ner aneren och d'Enrôlés de Force vu Woltz,  
Blumme néierléen.

De Comité vun der Sektioun Woltz.

**MATDEELONG**

**E pur Gruppe vun de Jongen, déi am Krich  
am RAD-Lager REHFELDE waren, si mat derbäi  
op der**

**PROMENADE SURPRISE**

zu Diddeleng, Sonndes, den 18. Juni 1978.

**Et get da weider erennert un d'Journée com-  
mémorative nationale vun den Enrôlés, an un  
de Konveniat, dén zu Félen, den 7. Oktober 1978  
(e Samschteg) as. D'Organisatioun vun dem  
Konveniat hun d'Komeroden Pir Melsen a Cam.  
Mergen iwerholl.**

**Déi Komeroden, déi bis elo nach kémol der-  
bäi waren, solle sech beim Robert Mergen mel-  
len, 96, rue des prés zu Lamadelaine, Telefon  
50 81 95.**

\*

**Offene Bréif un de Gouvernement  
an un d'Députéiert**

Mir Fraen vun den Zwangsrekrutéiert em-  
fannen et als eng Sënn an eng Schan wéi eis  
Hémecht, fir déi mer am Krich all zesumme  
stongen, haut seng démoleg Jongen behandelt.

Wéi hun se démols, wäit vum Schotz, aus  
England oder Amerika iwert den Aether schéi  
Wierder verbrét, a wéi woren se sou stolz op  
eis wéi gestreikt, sabotéiert an de Bass gehale  
gouf. Och eis Männer, d'Zwangsrekrutéiert, wo-  
ren do derbäi. An, wann si sech zwangsrekru-  
téiere gelooss hun, dan nëmmen fir hire Familljen  
den haarde Schlag vun der Emsiedlung asw. ze  
erspieren. Si hun also hirt Liewen op d'Spill  
gesat fir dat vun hire Familljen. A wéi sin des  
Zwangsrekrutéiert behandelt gin, wéi déi Hären  
erëm koumen aus der Fären? Du woren se ob  
émol Bierger 2ter Klass, geschweins da Patrio-  
ten.

A wa mir dann haut Ministeren hun déi mèn-  
gen a soen, et géif kén Zwangsrekrutéiertepro-  
blém méi, an déi un de selwechten Dëscher sët-  
zen an héich Auszéchnongen unhuelen vun de  
selwechte Preisen, déi am Krich d'Léd iwert  
eist Land bruecht hun an déi hir E'eschold  
vergiess hun ze bezuelen, da gét eis dach den  
Hutt héich.

Wa mir gesin, wéi eis Männer krank a ge-  
brach sin an si no méi wéi 30 Joer nom Krich  
ëmmer nach fir Gerechtegkét kriche mussen, da  
schumme mir eis fir eist Land a besonnesch fir  
déi Hären, déi jo nëmme näischt géint d'Häre  
Preise soe loosse. Ass vläicht nach é Gielchen  
oder eng gudd Plaatz dorëmmer an engem su-  
pranationale Gremium fälleg?

Nän, dir Hären, sou gét et nët! Raaft lech op,  
maacht é Gesetz, dat eise Männer Genugtuung  
gét, frot bei de Preisen, wat mer zegudd hun.  
Oder wëllt der warden, bis eis Männer all doud  
sin?

Eng Rei vu Fraen  
vun Zwangsrekrutéierten

\*

**Wir Kinder von Zwangsrekrutierten . . .**

Wir protestieren gegen die Diskriminierung,  
die die Luxemburger Heimat unseren Müttern  
und Vätern gesetzlich aufgezwungen hat. (Un-  
sere Mütter und Väter haben den schweren Be-  
schluß gefaßt, die Zwangsrekrutierung zu erlei-  
den, damit ihren Familienangehörigen das harte  
Los der Deportation, Umsiedlung, Zwangsver-  
schleppung, Dienstverpflichtung, Kerker, KZ  
usw. erspart bliebe.)

Wir fordern die Regierung und Parteien auf,  
endlich den unsern Eltern gemachten Wahlver-  
sprechen nachzukommen und die Diskriminie-  
rung gesetzlich aus dem Wege zu schaffen, um  
ebenfalls eine gesetzliche Basis zu bilden für  
die Wiedergutmachungsforderungen an die Bun-  
desrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger  
der Naziherrschaft.

Wir erinnern daran, daß wir eine potentielle  
Wählergruppe sind, die noch anwächst und for-  
dern die Deputierten auf, unabhängig von Par-  
teizugehörigkeit und Parteizwang in eigener Ver-  
antwortung zugunsten der schwebenden Ge-  
setzesvorlagen zu stimmen.

Wir erinnern einige Regierungsmitglieder und  
Deputierte daran, daß sie, ehe sie ihr hohes  
Mandat annahmen, sich für die Zwangsrekru-  
tierten einsetzten, oftmals sogar als führende  
Sektionsmitglieder, daß sie von den Stimmen  
der Zwangsrekrutierten profitierten und daß sie  
nach der Wahl sich dem Parteizwang beugten  
und ihre Kollegen und Freunde Zwangsrekru-  
tierten im Stich ließen.

Wir versprechen, daß wir Kinder von Zwangs-  
rekrutierten auch nach dem Tode unserer Eltern  
nicht aufgeben werden, um deren gerechten For-  
derungen — echte Luxemburger gewesen zu  
sein — durchzudrücken.

Es folgen 28 Unterschriften und Adressen,  
die der Redaktion bekannt sind.

**ENROLÉ DE FORCE**

**hues Du däin Autocollant an dengem  
Auto?**

**Wann net, da maach et gläich!**

**Well och op Dech kënt et un.**

**Nemmen d'Solidaritéit vun allen**

**Enrôlés kann äis zur Realisatioun vun  
onse gerechte Fuerderungen féiren!**

Ferblanterie

**Jos. HITTESDORF et FILS**

29, route de Soleuvre  
BELVAUX

Téléphone: 59 11 65

**CENTRALES NUCLEAIRES EN PLEINE MER**

**Monsieur Gaston Thorn, pour ce qui est de  
votre conception en matière d'énergie nucléaire,  
je prends la liberté de vous demander votre opi-  
nion au sujet d'une remarque importante du Mi-  
nistre belge, Socialiste des Affaires Economi-  
ques.**

**Lors d'une conférence organisée par la  
Chambre de Commerce de Nivelles le 10 janvier  
dernier, Monsieur Willy Claes s'est prononcé  
pour une politique à long terme, et la construc-  
tion de centrales nucléaires en pleine mer,  
«seule solution pour des pays comme la Bel-  
gique, les Pays-Bas et le Luxembourg».**

js

**ÈN VUN**

**«ONSE JONGEN»**

**Ufanks, hien wor nach an de Kannerschong,  
soten d'Leit: Wât fir e klänge «BRAVE JONG»!**

\*

**Wéi hien spéider am Liëve stong,  
hun se geruff: Wât fir e «GROUSSE JONG»!**

\*

**Wéi hien am Krich, un de Féiss verhaaßt  
preisesch Schong,  
hun se hårt gekrasch: Wât fir en «ARME JONG»!**

\*

**Wéi hien nom Krich gestriden fir Unerkennong,  
hun se gejaut: Kuck, wât fir e «FRÈCHE JONG»!**

\*

**30 Joer duerno, sot esou munech béis Zong:  
Hien get sech net, dén sturen «ALE JONG»!**

\*

**Bis seng Doudesannonce an der Zeidong stong,  
do wor hien op émôl erôm de gudde  
«BRAVE JONG»!**

\*

**An as enges Dags déi Episode verklongen,  
soen d'Leit: Dat woren se, «ONS JONGEN»!**

Ed. WACK

## Und wir hatten doch recht!

Als die «Enrôlés de force» vor 15 Jahren auf die Gefahr, auf die große Gefahr des Neofaschismus' aufmerksam machten und sehr deutlich darauf hinwiesen, gab es nur einen einheitlichen Kommentar:

«Ihr Zwangsrekrutierte mit eurem unversöhnlichen Haß auf alles, was deutsch ist oder nur danach aussieht, möchtet unbedingt, daß alles sich eurem Vergeltungsschrei anschließt. Dabei habt ihr überhaupt nicht gemerkt, daß das heutige Deutschland und mit ihm die deutsche Jugend eine Richtung eingeschlagen hat, die eindeutig beweist, daß nationalsozialistische Ueberbleibsel und eine Neuauflage desselben unwiderruflich der Vergangenheit angehören.»

Dazu heute, im Jahre 1978, folgende Ueberschriften von Zeitungsartikeln:

Aus der «Bild»-Zeitung Nr. 38/7 vom 14. 2. 78  
**Hitler-Gruß am Grab von SS-Kappler**

el. Soltau, 14. Februar

⊙ Auf dem alten Stadtfriedhof von Soltau, am offenen Grab des an Krebs gestorbenen SS-Offiziers Herbert Kappler, gab es gestern einen peinlichen Zwischenfall. Ein alter Nazi rief: «Herbert Kappler, du hast auf Befehl gehandelt, du hast getan, was ich als deutscher Offizier auch tun würde.» Dann schlug er die Hakken zusammen und hob den rechten Arm zum Hitlergruß. Andere taten's ihm nach.

«Ein Skandal» empörte sich kopfschüttelnd der evangelische Präses Wilm. Der Geistliche hatte vorher in der Friedhofskapelle gesagt: «Herr, sei Herbert Kappler ein gnädiger Richter.»

Etwa 200 meist ältere Menschen waren in der Kapelle, mindestens 400 draußen. Frau Kappler hatte sich die Beerdigung was kosten lassen: Kerzenmeer, Streich- und Flötenquintett, Sängerinnen.

Am Grab sprach die Witwe laut das Vaterunser, kniete nieder und warf drei Rosen auf den Eichensarg.

Aus dem «tageblatt», Nr. 43 vom 22. 2. 78  
**Beunruhigung in Israel über «Nazi-Internationale»**

Jerusalem. (AFP) Eine «Nationalsozialistische Internationale» mit Schwerpunkten in den USA, der BRD, Großbritannien und Frankreich beunruhigt gegenwärtig weite Kreise in Israel. Der israelische Verband der Opfer des Nationalsozialismus forderte die israelische Regierung auf, infolge des Neo-Nazismus in Washington und Bonn zu intervenieren.

Der Verbandsführer Abraham Neumann legte bei einer Pressekonferenz gestern in Jerusalem als Beweis zahlreiches Nazi-Propagandamaterial vor, das dem Verband teils aus Lincoln im US-Staat Nebraska und aus der BRD zugeschickt wurde. Ein Teil des Materials stammt von der «Kampfgruppe Werwolf für ein Groß-Deutschland» und ist von einem sogenannten Philip Rosenberg aus Neustadt mit dem «Heil Hitler»-Gruß unterzeichnet. In den Schmähschriften stehen Aufrufe wie «Kauf nicht bei den Juden» und «Deutschland erwache und Juda den Tod, Rache für Nürnberg».

### Scharfe Angriffe gegen Bundesregierung:

**Jahrelang Auskunft über Nazi-Archiv verweigert**  
Womöglich sollen Persönlichkeiten gedeckt werden

Bonn. (AP) Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen hat gestern scharfe Angriffe gegen die Bundesregierung gerichtet, die ihm seit Jahren eine eindeutige Auskunft darüber verweigere, warum sie das amerikanisch verwaltete nationalsozialistische Dokumentationszentrum in Berlin nicht übernehmen wolle. In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Associated Press äußerte Hansen den Verdacht, daß die Bundesregierung «Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens decken will, die ehemalige Nazis sind».

Er sei «erbst», erklärte der SPD-Parlamentarier, daß die Bundesregierung, die er 1970, 1971, zweimal im Jahre 1976 und 1977 in parlamentarischen Anfragen sowie in zahlreichen Schreiben um Auskunft gebeten habe, ihn bis heute hinhalte. Dieses Verhalten sei eine «Verhöhnung des Parlaments in meiner Person, wie sie dicker noch nicht vorgekommen ist», erklärte Hansen gegenüber AP. Immer wieder seien ihm andere «Ausflüchte» vorgetragen worden, warum die Bundesregierung das Dokumentationszentrum nicht übernehmen wolle und könne. Hansen erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß die Vereinigten Staaten sehr wohl willens seien, das Zentrum zu übergeben.

Die parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard Kunz u. Wilhelm Rawe, haben in Parlamentsfragen Auskunft darüber verlangt, was die Bundesregierung jetzt zu unternehmen gedenke. Wenn Hansens Behauptung, ehemalige Nazis sollten gedeckt werden, nicht zutreffend sei, stelle sich die Frage, ob die Regierung dem fälschlich erweckten Eindruck entgegenzutreten werde. Weiter wollen die Unionsabgeordneten wissen, ob sich die Bundesregierung der Gefahr bewußt sei, daß die Äußerungen des SPD-Parlamentariers geeignet seien, dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland zu schaden.

Aus «tageblatt» Nr. 53 vom 6. 3. 78  
**Neofaschisten marschierten in Antwerpen in Uniform auf**

Deutscher überreichte Exemplar von «Mein Kampf»

Antwerpen (AP). In Antwerpen haben sich am Wochenende rund 750 Angehörige neofaschistischer und anderer ultrarechter Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und anderen Ländern versammelt. Sie trugen schwarze Hemden und Stiefel, einige waren uniformiert. Aus der Bundesrepublik waren der «Stahlhelm» und die «Wiking-Jugend» vertreten.

Ein Sprecher der «Wiking-Jugend», dessen Name nicht bekannt wurde, sprach von den engen rassistischen und Blutsbanden, die zwischen Deutschen und Flamen bestünden. Beide hätten im zweiten Weltkrieg ihr Blut im Kampf gegen den Kommunismus vergossen. Der Sprecher überreichte dem Vorsitzenden des belgischen «Vlaams Militanten Orde» (VMO), Bert Eriksson, ein Exemplar von Hitlers «Mein Kampf». Eriksson war der Organisator des Treffens.

Bei der vom Bürgermeister Antwerpens genehmigten Veranstaltung, bei der die Teilnehmer mit schwarzen Hemden, militärischen Ehrenzeichen, Fahnen, kämpferischen Liedern und dem Faschisten-Gruß auftraten, kam es zu keinerlei Zwischenfällen.

\*

In der «Zeitung fir d'Letz. Vollek» Nr. 54 vom 7. 3. 78

«Spielzeugfiguren verschiedener Waffengattungen der Hitler-Wehrmacht mit Nazisymbolen werden in Westberlin offen auf dem Wochenmarkt Klausener Platz gehandelt. Sie lassen sich ebensogut verkaufen wie Naziliteratur, Schallplatten mit Hitlerreden oder faschistische Symbole.»

Das ist nur eine ganz kleine Auswahl aus den unzähligen Hinweisen auf einen Neofaschismus, der sich von der Bundesrepublik von Jahr zu Jahr in verstärktem Maße über ganz Westeuropa ausbreitet. Unsere Warnungen von damals wurden abgefertigt mit der Behauptung, es handele sich hierbei ausschließlich um das unbedeutende Geschrei einer verschwindend kleinen Gruppe, der in keinem Falle eine nennenswerte Bedeutung beizumessen sei.

Unser Kommentar heute, 33 Jahre nach der bedingungslosen NAZI-Kapitulation:

UND WIR HATTEN DOCH RECHT . . . .

E. W.

Tabacs — Cadeaux — Souvenirs

**René CLASSEN-WAGENER**

37, Avenue des Bains (en face du Parc)  
MONDORF-LES-BAINS Téléphone: 6 82 80

## Pilgerfahrt nach SLONSK (Polen)

Am ersten September d. J. werden es bereits vier Jahre, seit die erste Gruppe (27 Luxemburger und 3 Belgier) in Slonsk an den Gräber von 90 jungen Luxemburger standen. Diese unglücklichen Zwangsrekrutierte waren in der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1945 im Gefängnis von Sonnenburg (dem heutigen Slonsk) zusammen mit 729 anderen Häftlingen vieler anderer Nationalitäten auf bestialische Weise von blutrünstigen SS-Schergen umgebracht worden.

Dieses von unmenschlichen Mordbuben im Namen des deutschen Volkes begangenen Massakers ging dem Einmarsch der Roten Armee in Sonnenburg etwas mehr als 24 Stunden voraus.

Als wir im Jahr 1974 auf dem Fleckchen Erde standen, das die sterblichen Ueberreste unserer Kameraden bedeckt, waren alle sich eins: Dieser Friedhof muß renoviert werden. Er muß unbedingt dem Aussehen nach den gewaltigen Op-

Lady-Coiffure

**FREISMUTH Annette**

32, route d'Esch  
BELVAUX

Téléphone 59 11 48

Epicerie

**MAJERUS Marcel**

10, rue Gr.-Duchesse Charlotte

BELVAUX

Téléphone: 59 10 39

Boucherie-Charcuterie

**Hermann SALLFRANK-ERZ**

187, route d'Esch

BELVAUX

Téléphone 59 11 38

Entreprise de Peinture

**Ed. de LORENZI-FLAMMANG**

Travaux soignés - Devis gratuits

12, rue Batty Weber

ESCH-ALZETTE

Téléphone: 54 01 69

Boulangerie - Pâtisserie - Epicerie

**L. DELGANO-HOUSSE**

214, route d'Esch

BELVAUX

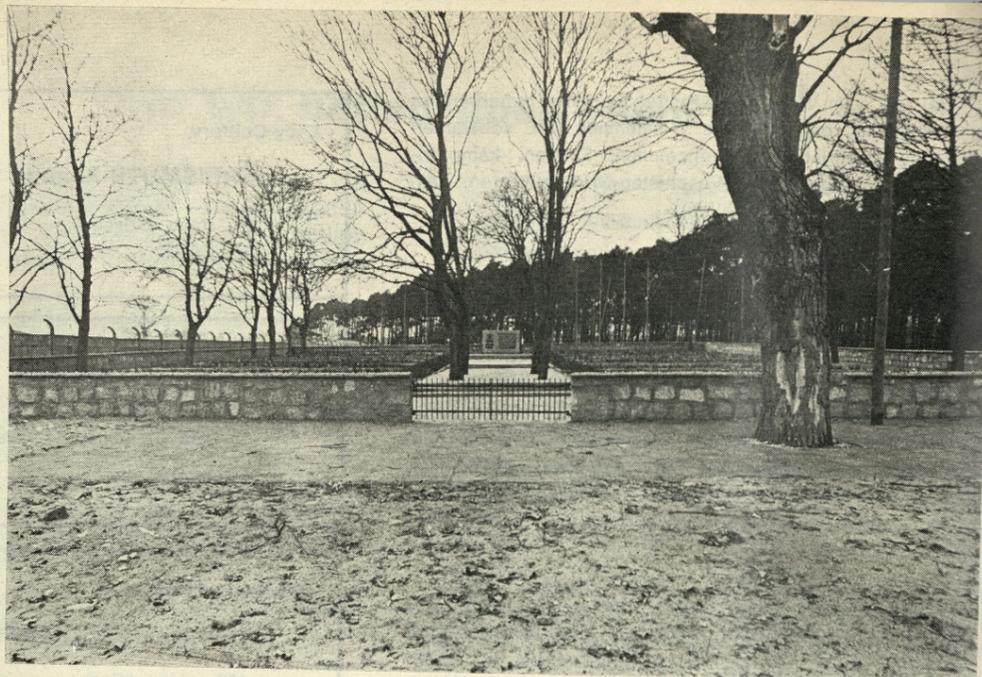
Téléphone: 59 10 50

fern dieser unschuldig ermordeten Kameraden würdig sein.

Bereits damals wurden an Ort und Stelle Verhandlungen mit den zuständigen polnischen Instanzen aufgenommen, hinsichtlich der Instandsetzung des Friedhofes.

Unsere polnischen Gesprächspartner, insbesondere Herr Przemyslaw Mnichowski, zeigten volles Verständnis für unser Begehren. Heute ist unser Vorhaben abgeschlossen. Die Renovierung des Friedhofes ist beendet. Und er sieht sehr gut aus (Siehe unsere Bilder).

Die Neugestaltung und sämtliche Arbeiten wurden in polnischer Regie durchgeführt. Wir Zwangsrekrutierte und die Hinterbliebenen der luxemburgischen Opfer des Sonnenburger Massakers sind den polnischen Behörden und Arbeiter sehr zu Dank verpflichtet. Wir beglückwünschen sie alle aufs herzlichste. Wir werden



NA CMENTARZU TYM ZŁOŻONE SĄ PROCHY OBYWATELI: BELGICKICH, CZESKICH, FRANCUSKICH, WIELKIEGO KSIĘSTWA LUKSEMBURGA, HOLenderskich, JUGOSŁOWIAŃSKICH, RADZIECKICH I NIEMIECKICH ANTYFASZYSTÓW ZAMĘCZONYCH I POMORDOWANYCH W HITLEROWSKIM OBOZIE KONCENTRACYJNYM I WIEZIENIU SONNENBURG.

SUR CE CIMITÈRE SONT DÉPOSÉES LES CENDRES DES CITOYENS ANTIFASCISTES: BELGES, TCHÉQUES, FRANÇAIS, DU GRAND DUCHÉ DE LUXEMBOURG, HOLLANDAIS, YOUGOSLAVES, SOVIÉTIQUES ET ALLEMANDS TOURMENTÉS ET ASSASSINÉS DANS LES CAMPS HITLÉRIENS DE CONCENTRATION ET PRISON DE SONNENBURG.

IN DIESEM FRIEDHOF RUHEN DIE IRDISCHEN ÜBERRESTE VON BELGISCHEN, TSCHECHOSLOWAKISCHEN, FRANZÖSISCHEN, LUXEMBURGISCHEN, HOLLÄNDISCHEN, JUGOSLOVENISCHEN, SOVIETRUSSENSCHEN UND DEUTSCHEN ANTI-FASCHISTEN, DIE IM HITLER-KONZENTRATIONSLAGER UND GEFÄNGNIS IN SONNENBURG GEFOLTERT UND ERMORDET WURDEN.

uns ihnen gegenüber in allernächster Zukunft erkenntlich erweisen.

#### Gedenkfeier in Slonsk

Am kommenden 23. Juni, am Luxemburger Nationalfeiertag findet in Slonsk eine Gedenkfeier auf dem Friedhof statt, wo 819 Opfer des Sonnenburger Massakers beigesetzt sind. Darunter 90 Luxemburger.

Angesichts des bis zur Stunde erwiesenen Interesses an der diesjährigen Pilgerfahrt nach Slonsk, und noch zu erwartender Teilnehmer, wurde beschlossen drei verschiedene Gruppenfahrten vorzuschlagen und zu organisieren. Auf diese Weise wird weitgehendst den Wünschen und den Ansprüchen möglichst vieler Interessenten Rechnung getragen, das sowohl in zeitlicher wie in finanzieller Hinsicht. Nachfolgend die drei Vorschläge.

#### Erster Vorschlag

Eine erste Gruppe reist im Luxusautobus. Abfahrt in Luxemburg am 21. Juni 1978. Am 25. Juni wird diese Gruppe wieder in Luxemburg zurück sein. Die Hauptetappen der Busreise sind: Hannover, Berlin, Frankfurt/Oder, Slonsk, Zielona-Gora und Posen, für die Hinreise. Auf der Rückreise fährt der Bus über Frankfurt/Oder, Dresden, Leipzig, Wartha Herleshausen, Frankfurt/M., Assmanshausen und Koblenz. In diesen fünf Tagen werden rund 2.300 Km zurückgelegt. Der Richtpreis beträgt 6.500 Franken.

#### Zweiter Vorschlag

Eine erste Flugreise dauert, genau wie die Busfahrt, fünf Tage, und zwar vom 21. bis zum 25. Juni 1978. Der Richtpreis für diese Reise beläuft sich auf etwa rund 10.000 Franken. Die Teilnehmer dieser Gruppe landen am 21. Juni in Warschau (Polens Hauptstadt). Sie fahren am 22. Juni im Autobus nach Posen und am 23. Juni nach Slonsk. In Zielona-Gora übernachteten sie und fahren per Bus am 24. Juni zurück nach Warschau, übernachteten dort und fliegen am Nachmittag des 25. Juni zurück nach Luxemburg.

#### Dritter Vorschlag

Die zweite Flugreise wird 8 Tage dauern. Der Richtpreis beträgt rund 12.000 Franken. Die Gruppe landet ebenfalls am 21. Juni in Warschau, fährt am 22. Juni im Autobus nach Posen und ist am 23. Juni in Slonsk. Uebernachteten wird diese Gruppe in Zielona-Gora und fährt am darauffolgenden Tag, 24. Juni, in den Süden Polens mit Krakau als Ziel. Besuch einer Salzmine von Wieliczka. Auf dem Rückweg nach Warschau, 26. Juni, wird das Konzentrationslager Auschwitz besichtigt und anschließend das Kloster von Czestochowa. Am 27. Juni: Besichtigung von Warschau und freier Nachmittag. Am 28. Juni fliegt die dritte Gruppe zurück nach Luxemburg.

In den hiervor angegebenen Richtpreisen, die leicht nach unten oder oben variieren können, ist einbegriffen:

- die Reise (Autobus und Flugzeug)
- Unterkunft in Hotels I. Klasse
- Vollpension
- «Orbis» Autobusrundfahrten
- Reiseleitergebühren
- Eintrittsgebühren zu Museen und die Ausflüge.

\* \* \*

In die Gegend von Posen waren im letzten Weltkrieg zahlreiche junge Luxemburger zu RAD und Wehrmacht von den Nazis verschleppt worden. Es ist vorgesehen möglichst viele Orte zu besichtigen, in die die Zwangsrekrutierten verschlagen worden waren. Dazu gehören außer Posen und Zielona-Gora, dem einstigen Grünberg, ebenfalls Gnesen, Wreschen, Polawejo, Wollstein, Pinne, Jannowitz, welche die Teilnehmer an der Autobusfahrt besichtigen können.

All diejenigen, die sich für eine der beiden Flugreisen entscheiden, werden selbstverständlich auch Gelegenheit haben vorgenannte und eventuell andere Orte zu besichtigen. Letzteren ist zusätzlich die Gelegenheit geboten Zychlin und Kutno zu sehen, wo rund 100 Luxemburger im RAD waren.

Damit eine übersichtliche Organisation und ein reibungsloser Verlauf der drei Reisen gewährleistet werden kann, sind alle interessierten Personen gebeten, ihre Anmeldungen schriftlich (eine Visitenkarte mit der Angabe der Gruppe, welcher man sich anschließen möchte, genügt!) an Herrn Bernard JACOB, 81, Rue de Sanem, NIEDERCORN, zu richten.

Jedem Teilnehmer werden unverzüglich alle Einzelheiten für die Reise zugestellt, für welche er sich angemeldet hat. Mit dem Bescheid wird auch mitgeteilt, welche Formalitäten zu erfüllen sind und welche Summe als Anzahlung zu entrichten ist.

\* \* \*

Am Freitag, 2. Juni 1978, wird ein polnischer Abend in Luxemburg-Stadt sein. Bereits jetzt werden alle recht herzlich dazu eingeladen, daran teilzunehmen, ganz gleich ob an der Pilgerfahrt Beteiligte oder nicht. Es werden Filme über Polen gezeigt werden. Dieser Abend ist dem kulturellen und touristischen Austausch zwischen Polen und Luxemburg gewidmet und steht unter den Auspizien der polnischen Gesandtschaft in Brüssel, der Luxemburger Regierung und der «Fédération des V.N.E.F.».

---

*Promenade Surprise des Enrolés de Force 1978*  
*zu Dideleng den 18. Juni*

**Ennert dem Patronage vun der Staat Dideleng an dem  
Syndicat d'Initiative**

*Als Souvenir : en Eiskiwel*  
*Ze gewonnen sinn :*

- a) als E'repräisser : 5 Coup'en
- b) als Gewënner : méi wéi 20 Präisser

*D'Promenade fënd muerges statt*  
*Mëttes, gemeinsam Iessen am Hôme Belvédère*  
*All weider Détailler am nächste "Les Sacrifiés"*

**RESERVÉIERT IECH SCHON ELO DESEN DAG !**  
**well den 18. Juni sinn d' enrôlés mat hieren Frënn zu Dideleng**

---

faisons  
un bout de chemin  
ensemble!

rejoignez  
le rang des

**290.000**

amis de la

**CAISSE D'ÉPARGNE DE L'ÉTAT** 

LUXEMBOURG BANQUE  
DE L'ÉTAT

**Ouverture à  
DIE KIRCH**

M. et Mme Gaston JUNCK  
et Mme Viviane  
FRIEDERICI-JUNCK

se font un plaisir de  
recevoir les camarades  
Enrôlés de Force dans  
leur nouveau magasin

**"Elysée"**

Parfumerie-Boutique

14, rue Saint-Antoine, 14

Tél. : 83 473